(Appel [GRÜNE])

(A)

te. Es ist im übrigen ja in diesem Lande auch als Obdachloser schwierig, zum Beispiel das Wahlrecht zu bekommen. Denn da stellen sich die Meldebehörden auf den Standpunkt, da sei der Verwaltungsaufwand zu hoch. Es ist aber mindestens genauso aufwendig, die Daten von in Hotels gemeldeten Ausländern zu erfassen. Da plötzlich zählt der Aufwand nicht mehr. Also: Ein Stückchen Verzicht auf Bürokratie hätten wir ganz gut gefunden. Wir werden deswegen dem Gesetzentwurf nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Die Landesregierung?

(Minister Dr. Schnoor: Nein.)

- Nein. - Meine Damen und Herren! Damit liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuß für Innere Verwaltung empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD, CDU, F.D.P.. Wer ist dagegen? - Die Fraktion DIE GRÜNEN. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Der Gesetzentwurf Drucksache 11/7591 ist in zweiter Lesung verabschiedet.

(B)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf:

Gesetz zur Überleitung von Polizeivollzugsbeamten in die Besoldungsgruppe A 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7689 (Neudruck)

Beschlußempfehlung
des Ausschusses für Innere Verwaltung
Drucksache 11/7901

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Frechen für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Frechen (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die bisherigen Redebeiträge waren recht kurz. Gestatten Sie mir trotzdem zwei Bemerkungen:

(C)

Erstens. Der Gesetzentwurf ist im Hause auf große Zustimmung gestoßen. Sowohl der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuß als auch der federführende Innenausschuß haben diesem Gesetzentwurf einstimmig zugestimmt.

Er wird auch bei den Betroffenen der Polizei großen Jubel auslösen, werden doch noch einmal über tausend Beamtinnen und Beamte nach A 10 übergeleitet. Das ist Teil eines von der SPD-Fraktion initiierten Maßnahmenpaketes, das insgesamt über 8 000 neue Stellen und Stellenhebungen zur Folge hatte.

Sie erinnern sich, daß wir 1992 nicht nur die Überleitung hier einstimmig beschlossen haben, sondern gleichzeitig auch den prüfungserleichterten Aufstieg und den Direkteinstieg, der in diesem Jahre erstmalig begonnen worden ist, hier in diesem Hause einverständlich verabschiedet haben.

Damit ist das Ziel- und Maßnahmenpaket und das Versprechen, das dieses Haus der Polizei gegeben hat, erledigt. Wir werden in der Folge in den Haushalten 1996, 1997 und 1998 längerfristige Maßnahmen zu überlegen haben. Hier wird es den Haushaltsberatungen vorbehalten bleiben, inwieweit wir insbesondere der Personengruppe der Polizei helfen können, die bisher weitestgehend unbeachtet geblieben ist. Das sind die Polizeiobermeister. Doch darüber sollten wir heute nicht sprechen. Das wollen wir im Rahmen der Haushaltsberatungen weiter verfolgen. - Herzlichen Dank.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Hussing.

Abgeordnete Hussing (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wir begrüßen selbstverständlich den Gesetzentwurf. Wir sind sicherlich alle miteinander froh, daß wir es bisher geschafft haben, schon so relativ weit zu kommen. Gestatten Sie mir aber dennoch zwei Bemerkungen: Zum einen wird auch da

(Hussing [CDU])

(A) wieder eine gewisse Ungerechtigkeit von seiten der Beamten empfunden. Irgendwo ist es sicherlich auch normal. Wir werden aber unbedingt eine Durchschlüsselung bzw. die Nachschlüsselung brauchen.

Zum anderen müssen wir uns darüber im klaren sein, daß sich durch diese schrittweise Überleitung von Beamten des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst natürlich auch innerhalb des gehobenen Dienstes ein Stau ergibt. Diejenigen, die in der mittleren Führungsebene der Schutzpolizei im gehobenen Dienst angesiedelt waren, werden in bezug auf Besoldung und Dienstgrad allmählich von den übergeleiteten Beamten des mittleren Dienstes eingeholt. Auch darüber werden wir uns mit Sicherheit im Zuge der Haushaltsplanberatungen Gedanken machen müssen.

So weit, wie wir bisher gekommen sind, ist es richtig und konsequent gewesen. Alles weitere werden wir - da bin ich ganz sicher - gemeinsam in den Haushaltsplanberatungen noch diskutieren und werden - so hoffe ich zumindest - auch zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.

Die CDU-Fraktion wird insbesondere Wert darauf legen, daß wir die Situation der Polizei insgesamt verbessern. Ich bin aber guter Dinge, daß auch alle anderen Fraktionen da mitmachen wie bisher.
- Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Wickel das Wort.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Vier von zehn Polizisten an Rhein und Ruhr schon jetzt mindestens Kommissar", "NRW beim Anteil des gehobenen Dienstes bundesweit vorn" - so lauten die Fanfarenmeldungen von Innenminister Dr. Herbert Schnoor. So weit, meine Damen und Herren, so gut.

Nur, wir als Gesetzgeber dieses Landes verstehen in diesem Zusammenhang die vielen hundert Briefe und die Einwendungen der Polizeigewerkschaften nicht, die seit Wochen auf uns hereinprasseln.

(C) Die Landesregierung hat sich mit ihrer Methode, die Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens in Beamten- und Haushaltsrecht umzusetzen, auf einen heiklen Weg begeben. Alle Maßnahmen der letzten Jahre, Stellenplanverbesserungen, Überleitungen in höhere Besoldungsgruppen, die heutige Gesetzesvorlage, alles, was auch immer eingeleitet wurde, hat nicht zu einer Befriedigung der Polizei geführt.

Offenbar haben die 5 423 Beförderungen, die sich seit dem Kienbaum-Gutachten ergeben haben, immer nur die Falschen getroffen. Anders sind die vorerwähnten Beschwerdeschreiben für mich nicht zu erklären.

In einem Schreiben der GdP, was offenbar an uns alle gegangen ist, heißt es unter anderem - ich zitiere mit freundlicher Genehmigung -:

Wer hat bisher auf Diäten, Aufsichtsratsantennen oder andere Nebeneinkünfte verzichtet? Es ist einfach, Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Schwachen auszutragen, wenn man jetzt auf Jahre hinaus ungeschoren davorkommt.

Es heißt dort weiter:

(D) Bei allem Sparzwang, den die Landesregierung offensichtlich hat und dem auch wir uns, wenn er sozial gerecht gehandhabt wird, nicht verschließen wollen, wird dort zunehmend deutlich, daß Entscheidungen zu Lasten der sozial Schwächeren auch von der SPD-Regierung nicht verhindert werden.

Hierzu merke ich nur an, daß die Abgeordneten dieses Landtages seit mehr als drei Jahren auf vorgeschlagene Diätenerhöhungen verzichtet haben. Aber das sage ich, meine Damen und Herren, der GdP auch noch persönlich.

Dieses Schreiben gehört mit zu dem Unverständnis, das ich zum Ausdruck bringe, denn irgendwo müssen doch die Beförderungen angekommen sein - sei es auch nur, daß sich ein Teil der Pensionäre gefreut hat.

Ich glaube, daß die Landesregierung Hoffnungen geweckt hat, denen man mit normalen besoldungspolitischen Instrumentarien nicht mehr bekommen konnte.

(Wickel [F.D.P.]

- (A) Wir alle wollen eine bessere Bezahlung für die Polizei. Insofern kam das Kienbaum-Gutachten sehr gelegen, aber die Frage bleibt für uns alle: Wo bleiben die Gutachten für den mittleren Dienst der Gewerbeaufsicht, der Steuerverwaltung, des Strafvollzuges und anderer?

Meine Damen und Herren! Jedem von uns hier im Landtag müßte klar sein, daß die physischen Belastungen und die geistigen Anforderungen dieser Gruppen denen der Polizei kaum nachstehen. Herr Innenminister und Herr Finanzminister, Sie können doch nicht glauben, daß Sie das auf Dauer durchhalten werden. Es wird auch nicht als gerecht empfunden, wenn die Polizei nach A 10 übergeleitet wird und die übrigen Gruppen mit dem Wegfall des Eingangsamtes nach A 5 abgefunden werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Nun hört man, daß der Arbeitskreis 7 der SPD-Fraktion in trauter Zusammenarbeit mit dem Innenminister eine besondere Lösung der Beförderungsprobleme im mittleren Dienst der Polizei gefunden hat. Wenn also innerhalb des Einzelplans 03 durch Umverteilung geholfen werden kann, Herr Kollege Frechen, und damit Probleme im mittleren Dienst abgebaut werden können, werden wir Sie bei diesen Vorschlägen unterstützen.

- (B) Aber - und die Frage ist wohl in diesem Hause berechtigt -: Warum beteiligt der Innenminister nicht alle Fraktionen an seinen Überlegungen, wenn er hilfreiche Ansätze zur Umverteilung findet? Ich fordere den Innenminister namens der F.D.P.-Fraktion auf, uns endlich sein Gesamtkonzept zur Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens vorzulegen und auch die haushaltspolitischen Überlegungen beizufügen.

(Beifall der Abgeordneten Hussing [CDU])

Dem heute vorliegenden Gesetzentwurf stimmt die F.D.P.-Fraktion zu, weil er unserer Prioritätensetzung entspricht und wir uns auch in den fachlichen und Haushaltsberatungen entsprechend eingelassen haben. - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf Herrn Kollegen Appel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. (C)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Unzufriedenheit bei der Polizei hat auf der einen Seite etwas mit ihrer erheblichen Überbelastung zu tun. Ich denke, das haben wir in den letzten Jahren immer wieder festgestellt. Auf der anderen Seite hat die Unzufriedenheit damit zu tun, daß die Polizei nicht für ihre Aufgaben adäquat bezahlt wird. Damit möglichst schnell der größte Teil der Polizei - wenn es nach unserem Willen ginge, sollte dies für alle Beamten gelten - aus dem mittleren Dienst in den höheren Dienst kommen

(Abgeordneter Frechen [SPD]: In den höheren? In den gehobenen!)

und so nach Kienbaum-Gutachten entsprechend bezahlt werden, stimmen wir heute diesem Gesetzentwurf zu.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Da ist Ihnen etwas falsch aufgeschrieben worden!)

- Bitte?

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Sie haben "in den höheren Dienst" gesagt!) (D)

- Entschuldigung, in den gehobenen Dienst. In den höheren Dienst wäre ein bißchen teuer. Da haben Sie recht.

Lassen Sie mich aber zu den Ausführungen des Kollegen Wickel eines sagen: Herr Wickel, ich denke, daß die Unzufriedenheit bei der Polizei nicht daraus resultiert, daß der Innenminister seine Gespräche verständlicherweise mit der SPD-Mehrheitsfraktion oder dem SPD-Arbeitskreis führt - das ist sein Problem -, sondern es hat damit zu tun, daß sich in den Strukturen der Polizei- besoldung nach wie vor verschiedene Hierarchiekomponenten negativ auswirken.

Ich nenne einmal nur als Beispiel das Beurteilungssystem von 1970, das unter anderem auch bei der Möglichkeit, in den höheren Dienst, Entschuldigung, in den gehobenen Dienst - das

(Appel (GRÜNE))

(A) scheint bei mir heute im Hinterkopf zu stecken - zu kommen, eine Rolle spielt. Dieses ist ein Ansatzpunkt, um hierarchische Strukturen in der einzelnen Wache und in den einzelnen Schutzbereichen zu zementieren.

Wenn mir gestern in einem Fachgespräch mit Polizistinnen eine 25jährige junge Polizeibeamtin, die gerade vom Lehrgang zurückkommt, erzählt, wenn sie jetzt ihren Lehrgang in Funktechnik absolviert habe, komme sie zurück und werde in der Dienststelle einen älteren Beamten mit etwa 40 Jahren Berufserfahrung verdrängen. Warum? - Aus dem einzigen Grund, weil er noch der Laufbahn des mittleren Dienstes angehört. Ich meine, wir müssen uns überlegen, wie wir langfristig zu einer Besoldung kommen, die Qualifizierung während der Arbeit, auch während der Beamtenlaufbahn, entsprechend honoriert, Hierarchien abbaut und die es später ermöglicht, durch Weiterqualifizierung zu höherer Bezahlung zu kommen, aber auch zu mehr Zufriedenheit in der jeweiligen Funktion. Sonst, glaube ich, werden wir die Unzufriedenheit bei der Polizei nicht abbauen.

(B) Ich stimme Ihnen zu, Herr Wickel, es hängt von den nächsten Jahren ab. Wir GRÜNE sind bereit, mitzuziehen, die nötigen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, um die Höhergruppierungen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten durchzusetzen. Wir brauchen nicht eine quantitativ, sondern eine qualitativ ausgebauten Polizei. Und zur Qualität gehört eben nicht nur die demokratische Ausbildung, dazu gehört nicht nur der Abbau hierarchischer Strukturen, dazu gehört eben auch die adäquate Bezahlung, für die wir eintreten. Deswegen stimmen wir heute auch dem Gesetzentwurf zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich habe jetzt eine Wortmeldung vom Kollegen Frechen. Wollen Sie vor dem Minister sprechen?

(Abgeordneter Frechen (SPD): Ja!)

- Bitte schön, Herr Kollege Frechen.

Abgeordneter Frechen (SPD): Da das Plenum nicht so stark besetzt ist, hoffe ich, daß sich die

(C) Empörung in Grenzen hält, zumindest rein quantitativ, wenn ich mich trotzdem noch einmal zu Wort melde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, aber ich dachte, man hätte diesen Gesetzentwurf, der ja unstrittig war, relativ schnell passieren lassen können. Nur, der Beitrag des Kollegen Wickel fordert nun doch einige Klarstellungen.

Herr Kollege Wickel, Sie sind ja nicht direkt vom Fach, nicht Mitglied des Innenausschusses,

(Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Von den Kopeken!)

sondern genau wie ich auch aus dem Haushalts- und Finanzausschuß. Es ehrt Sie, daß Sie diese Aspekte auch in den Vordergrund Ihrer Überlegungen gestellt haben.

(D) Sie haben hier den Vorwurf erhoben, daß der Innenminister und die Mehrheitsfraktion irgendwas ausheckten. Fakt ist folgendes: Wir haben bereits bei der Verabschiedung des Haushalts des vergangenen Jahres - und haben das schon 1992 gesagt - ein Ziel- und Maßnahmenpaket vorgelegt. Das waren unsere Überlegungen, die jetzt zu Ende gehen. Wir haben zunächst 750 neue Stellen geschaffen. Dann haben wir 1993 und 1994 entsprechend 1 600 bzw. 1 800 übergeleitet. Heute geschieht dies mit etwa 1 100 als letzte Rate. Herr Wickel, wir haben das ausdrücklich auf diese drei bzw. vier Jahre begrenzt, und wir haben das gleiche auch im Bereich des prüfungserleichterten Aufstiegs für die mittlere Generation getan, und wir haben begonnen - ich sagte es bereits vorher -, den Direkteinstieg vorzusehen, der auch in Hessen in Zukunft Platz greifen soll.

Wir haben bereits 1992 gesagt und im vergangenen Jahr ganz konkret durch das sogenannte Drei-Säulen-Modell belegt, wie denn die Zukunft bei der Polizei aussehen soll. Ich möchte das Drei-Säulen-Modell aufgrund der mir zur Verfügung stehenden Zeit nicht im einzelnen darstellen, aber dieses Konzept liegt vor, und es ist richtig - das habe ich eben auch angedeutet -, daß sich die SPD-Fraktion, insbesondere der Arbeitskreis 7, darüber Gedanken macht, wie man dieses Drei-Säulen-Modell inhaltlich ausgestalten kann, damit es auch ein tragfähiges Konzept für die Zukunft

(Frechen [SPD])

(A)

ist. Wir meinen, daß dies ganz wichtig ist für einen Bereich, den wir wegen der nicht vorhandenen Finanzmittel bisher weniger bedacht hatten. Wenn wir das Kienbaum-Gutachten sofort umgesetzt hätten, hätten wir 140 bis 200 Millionen DM benötigt. Das war ja völlig irrelevant. Deswegen sind wir in kleinen Schritten vorgegangen.

Bei diesen Schritten ist etwas unberücksichtigt geblieben: Für den Teil der Kolleginnen und Kollegen, die auf dem Bock sitzen, sage ich einmal, die in der Schutzpolizei Wach- und Wechseldienst tun und die sich seit langen Jahren in der Besoldungsgruppe A 8 befinden, müssen wir etwas tun. Da wir wenig Geld haben - hier treffen wir uns wieder, Herr Kollege Wickel -, müssen wir versuchen, ob wir das irgendwie durch Umschichtungen hinkommen. Aber dies ist Gegenstand der Haushaltsberatungen und nicht Gegenstand der heutigen Diskussion.

Heute geht es darum, einvernehmlich diese letzte Rate der Kolleginnen und Kollegen nach A 10 überzuleiten. Die Zukunft wird anders und hoffentlich noch besser für die Polizei aussehen, als es die Vergangenheit schon gewesen ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Das Wort hat Herr Innenminister Dr. Schnoor.

Innenminister Dr. Schnoor: Ich möchte nur noch eine kurze Bemerkung machen. Herr Kollege Wickel, mit diesem Gesetzentwurf schließen wir zunächst einmal das ab, was wir für diese Legislaturperiode versprochen haben. Versprochen haben wir die Einleitung des Direkteinstiegs, eine Verstärkung des gehobenen Dienstes und lebensältere Kollegen gesetzlich überzuleiten, weil für sie nicht mehr die Möglichkeit besteht, im Sinne einer Individualbeförderung in den gehobenen Dienst zu kommen.

Dazu gehört ferner, daß wir insgesamt die Perspektive für die Polizei verbessern und jedem Polizeibeamten die Chance geben wollen, in den gehobenen Dienst zu kommen und von dort aus auch in den Ruhestand zu treten. Einzelheiten sind hierzu nicht festgelegt.

Sie haben gesagt, das führe zu einer Unruhe in anderen Verwaltungen. Das ist richtig. Ich will hierzu aber ganz deutlich sagen: Es ist in allen Ländern von allen Landesregierungen als Ziel herausgestellt worden, die Polizeibesoldung und die Position der Polizei in der Gesellschaft zu verbessern. Wenn man sie verbessern will, heißt das eben, daß es einen Abstand gegenüber anderen gibt.

Das hat es am Anfang dieser Republik im Lehrerbereich - im Bildungsbereich - völlig zu Recht gegeben. Damals hat es insgesamt eine Reform gegeben, die zu einer deutlichen Heraushebung des Bildungswesens geführt hat. Sie hat auch zu einer deutlichen Heraushebung der Lehrerbefoldung nach dem Grundsatz geführt: Für die Erziehung und die Ausbildung unserer Kinder, und zwar auch der kleineren Kinder, brauchen wir besonders qualifizierte Lehrer. Deswegen wollen wir sie auch besser bezahlen. - Das war seinerzeit die These. Damit sind die Lehrer den anderen voraus und von ihnen weggegangen. Auch dies haben alle anderen Verwaltungen akzeptieren müssen.

Seit einigen Jahren hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß man von demjenigen, der wie kein anderer befugt ist, in die Grundrechte der Bürger einzugreifen, erwarten muß, besser qualifiziert und ausgebildet zu sein als bisher. Deshalb soll er auch besser besoldet werden. Die Einzelheiten sind beispielsweise im Kienbaum-Gutachten dargestellt. Darin ist aufgezeigt, welche Funktionen dem gehobenen Dienst zuzurechnen sind und welche nicht. Wir werden es also ertragen müssen, daß andere Verwaltungen versuchen werden, sich hier anzuhängen. Dies werden wir aber abzuwehren haben. Ich sage dies mit ganz großem Nachdruck.

Die Frage ist jetzt, wie das Ganze geschehen soll. Wir haben auch dafür die Perspektiven aufgezeigt. Das ist hier mehrfach vorgetragen worden. Herr Kollege Frechen hat auf das sogenannte Drei-Säulen-Modell hingewiesen. Ich habe inzwischen den Entwurf einer Laufbahnverordnung vorgelegt, der dem Rechnung trägt. Er enthält unter anderem die Möglichkeit, auch prüfungsfrei in den gehobenen Dienst zu kommen, wie das mit der gesetzlichen Überleitung schon angelegt ist. Die gesetzliche Überleitung wird es aber nicht mehr geben, weil sie ausläuft. Auf Einzelheiten will ich jetzt gar nicht eingehen. Der Entwurf der

(C)

(D)

(Minister Dr. Schnoor)

(A) Laufbahnverordnung ist jedenfalls vorgelegt und befindet sich in der Diskussion.

Des weiteren haben wir dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Fachhochschulgesetzes vorgelegt. Auch dies hat hiermit zu tun. Es geht um die Anrechnung von Ausbildungszeiten und Ausbildung auf das Fachhochschulstudium, um die Verweildauer in den Fachhochschulen für diejenigen zu verändern, die vorher eine Ausbildung im mittleren Dienst durchlaufen haben und dann vom mittleren Dienst aus über die Fachhochschule in den gehobenen Dienst gehen. Über den Direkteinstieg hat der Landtag auch beschlossen.

Insofern liegen also die Elemente auf dem Tisch. Außerdem haben wir gesagt, in der nächsten Legislaturperiode würden wir darlegen, wie das Ganze zu bündeln ist. Das waren die Versprechungen gegenüber der Polizei und gegenüber der Öffentlichkeit.

Ich verstehe aber die Unruhe in der Polizei. Die Kollegen fragen nämlich, wie das im einzelnen läuft. Wer ist es nun, wann komme ich dahin, wie sieht das alles aus? - Das ist so.

(B) Wenn man nicht eine gesamte Verwaltung mit über 40 000 Vollzugsbeamten gleichmäßig nach vorne bringen kann, sondern dies stückweise zu tun hat, wie wir es jetzt mit der Überleitung getan haben, gibt es in der Übergangszeit Verwerfungen und Unruhe. Das müssen wir abbauen, und das wollen wir auch tun. Das ist die Situation. Ich meine, was wir bisher getan haben, ist ein sehr verantwortungsvolles Handeln gewesen.

Weitere Schwierigkeiten - auch das soll man nicht verkennen - hat uns gebracht, daß die Länder zum Teil nicht koordiniert gehandelt haben. Das war bei den Ländern auch nicht zu erreichen. Wenn immer wieder einzelne Länder vorangehen und man das Gefühl hat, man hängt gegenüber anderen zurück, führt das zu weiterer Unzufriedenheit in der Polizei. Ich denke, dies werden wir rasch abzustellen haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der Beratung.

(C) Wir haben abzustimmen über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung Drucksache 11/7901, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

**Gleiche Rechte für Schwule und Lesben:
Empfehlungen des Europäischen Parlaments in
Deutschland umsetzen!**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/7275

Beschlußempfehlung
des Ausschusses für Innere Verwaltung
Drucksache 11/7903

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kollegen Lucas für die SPD-Fraktion das Wort.

(D) Abgeordneter Lucas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben schon vor einiger Zeit in diesem Hause mit großer Mehrheit - aus der Erinnerung würde ich sagen: fast einstimmig - und wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß wir uns entschieden gegen Diskriminierung und bestehende Vorurteile gegenüber gleichgeschlechtlich orientierten Menschen zur Wehr setzen, und wir haben mit gleicher Eindeutigkeit gesagt, daß wir uns für die rechtliche Gleichbehandlung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen einsetzen werden. Diese Auffassung hat unverändert Gültigkeit.

Der Innenminister hat in der ersten Beratung dieses Antrags zu Recht darauf hingewiesen, daß es darum gehen muß, diesen politischen Willen des Landtags durch die dafür zuständigen Organe in konkrete Gesetzregelungen umzusetzen. Er hat z.B. darauf hingewiesen, daß das Besuchs- und Informationsrecht des Lebenspartners, etwa bei Krankenhausaufenthalten usw., geregelt werden muß. Insofern ist es nach wie vor richtig, daß wir konkrete gesetzliche Regelungen brauchen.